(2) Die Kombinate haben Amortisationen, die für die im Abs. 1 genannten Zwecke nicht eingesetzt werden, als Erhöhung der Abführung an den zentralen Haushalt zu planen.

(3) Über den Plan hinaus anfallende Amortisationen sind

- a) dem eigenverantwortlich zu erwirtschaftenden und zu verwendenden Investitionsfonds auf der Grundlage der für Kombinate festgelegten Normative zuzuführen,
- b) für die vorfristige Tilgung verzinslicher Grundmittelkredite einzusetzen oder
- c) unverzüglich an das Konto „Umverteilung von Amortisationen“ des Kombines oder den zuständigen örtlichen Rat abzuführen, soweit eine Verwendung entsprechend den Buchstaben a und b nicht möglich ist.

Eine Zuführung zum Investitionsfonds gemäß den §§ 17 bis 19 des Betriebes ist nicht zulässig. Der Generaldirektor des Kombines hat das Recht, über den Plan hinaus auf das Konto „Umverteilung von Amortisationen“ abgeführte Amortisationen in solchen Betrieben einzusetzen, die die für die Bildung des Investitionsfonds gemäß den §§ 17 bis 19 oder die planmäßige Tilgung verzinslicher Grundmittelkredite geplante Höhe der Amortisationen nicht erreichen.

(4) Dem Konto „Umverteilung von Amortisationen“ des Kombines zugeführte, aber nicht verwendete Amortisationen sind zum Jahresende an den zentralen Haushalt abzuführen.

§22

Verkaufserlöse, Restbuchwerte und andere Mittel

(1) Erlöse aus dem Verkauf von Grundmitteln, aus Abriß und Verschrottung von Grundmitteln in Verbindung mit Investitionen, sonstige Erlöse entsprechend den Rechtsvorschriften, Restbuchwerte aus dem Verkauf bzw. der Umsetzung von Grundmitteln, Verrechnungen von Investitionsaufwendungen entsprechend den Rechtsvorschriften sowie Versicherungsleistungen für Grundmittel sind dem Investitionsfonds gemäß den §§ 17 bis 19 bis zur geplanten Höhe zum Zeitpunkt ihres Aufkommens zuzuführen.

(2) Restbuchwerte, die nicht aus dem Verkauf bzw. der Umsetzung von Grundmitteln entstehen, sind an den zentralen Haushalt abzuführen.

(3) Über den Plan hinaus anfallende Mittel gemäß Abs. 1 sind — soweit eine Verwendung für die vorfristige Tilgung verzinslicher Grundmittelkredite nicht möglich oder nicht zulässig ist — an den zentralen Haushalt abzuführen. Eine Zuführung zum eigenverantwortlich zu erwirtschaftenden und zu verwendenden Investitionsfonds und zum Investitionsfonds gemäß den §§ 17 bis 19 ist nicht statthaft, sofern es sich nicht um Verkaufserlöse gemäß § 18 Abs. 3 handelt.

§23

Finanzielle Mittel aus der Umverteilung und aus Kredit

Finanzielle Mittel aus der planmäßigen Umverteilung von Gewinn oder Amortisationen, aus verzinslichen Grundmittelkrediten und aus unverzinslichen Krediten sind dem Investitionsfonds gemäß den §§ 17 bis 19 bei Eintritt des Finanzbedarfs zuzuführen.

§24

Mittel für die Beteiligung an Investitionen anderer Kombinate und Betriebe¹

(1) Die für die Beteiligung an gemeinsamen und durch die Minister, Leiter anderer zentraler Staatsorgane oder die Räte der Bezirke bestätigten Investitionen anderer Kombinate und

Betriebe geplanten Mittel sind aus dem Investitionsfonds gemäß den §§ 17 bis 19 des Kombines oder Betriebes an den Hauptauftraggeber der gemeinsamen Investitionen erst zu überweisen, nachdem von diesem der Eintritt des Finanzbedarfs nachgewiesen worden ist. Das gilt auch für Beteiligungen, die an den Hauptauftraggeber aus Mitteln des eigenverantwortlich zu erwirtschaftenden und zu verwendenden Investitionsfonds zu überweisen sind.

(2) Die für die Beteiligung an gemeinsamen Investitionen im Abs. 1 und § 17 Absätze 4 und 5 getroffenen Festlegungen gelten entsprechend für Folgeinvestitionen.

§25

Kontrolle und Freigabe der geplanten finanziellen Mittel für Investitionen

(1) Die zuständige Bank, die Abteilung Finanzen des örtlichen Rates und das übergeordnete Organ — bei Kombinatebetrieben das Kombinat — haben in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni eines jeden Jahres eine Überprüfung der Finanzierung von Investitionen der Kombinate und Betriebe aus dem Investitionsfonds gemäß den §§ 17 bis 19 vorzunehmen und eine staatliche Entscheidung zur Freigabe geplanter Mittel des Investitionsfonds gemäß den §§ 17 bis 19 nach dem volkswirtschaftlichen Erfordernis der Übereinstimmung von materieller und finanzieller Planung unter Berücksichtigung bereits geleisteter Zahlungen zu treffen. Damit ist zu gewährleisten, daß

- finanzielle Mittel nur auf der Grundlage des Planes in Übereinstimmung mit den Grundsatzentscheidungen und den Titellisten bzw. für die Vorbereitung der Grundsatzentscheidungen eingesetzt werden,
- außerplanmäßige Investitionen sowie Investitionsverteuerungen unterbunden werden.

Bei dieser Überprüfung ist darauf Einfluß zu nehmen, daß eine Verbesserung des Aufwand-Nutzen-Verhältnisses und damit der Rückflußdauer, eine Verkürzung der Realisierungszeiten, eine Senkung des Investitionsaufwandes und eine Einsparung von Arbeitsplätzen erzielt wird.

(2) Die Kombinate und Betriebe haben, ausgehend von der beauftragten staatlichen Plankennziffer „Investitionen (materielles Volumen)“, in Übereinstimmung mit den Titellisten und dem nach der Grundsatzentscheidung zulässigen Investitionsaufwand sowie der Einordnung der Investitionen in die Bilanzen durch entsprechende Bilanzentscheidungen den im Abs. 1 genannten Organen einen Nachweis vorzulegen über

- die materielle Sicherung durch abgeschlossene Verträge für Investitionslieferungen und -leistungen für den Planzeitraum,
- den Abschluß der Vorbereitung der Investitionen,
- den tatsächlich im Rahmen der Grundsatzentscheidung erforderlichen Finanzbedarf auf Grund der ordnungsgemäß vorbereiteten, materiell abgesicherten und in bestätigten Titellisten enthaltenen Investitionen, getrennt nach abrechnungsfähigen Investitionsaufwendungen und Abschlagszahlungen für die einzelnen Investitionsvorhaben bzw. -maßnahmen.

(3) Durch die zuständige Bank oder die Abteilung Finanzen des örtlichen Rates ist in Zusammenarbeit mit den zuständigen Kombinate auf der Grundlage des vorgelegten Nachweises der tatsächlich erforderliche Finanzbedarf für Investitionen festzustellen und mit dem Generaldirektor des Kombines bzw. dem Direktor des Betriebes zu protokollieren. Bis zur Höhe dieses Betrages erfolgt durch die zuständige Bank oder die Abteilung Finanzen des örtlichen Rates unter Berücksichtigung bereits geleisteter Zahlungen die Kontofreigabe für die finanziellen Mittel des Bankkontos „Investitions-